

# Wahljahr 2009 – Chance für einen Wechsel?

Von Andreas Bangemann

Das Superwahljahr 2009 wird von vielen als Chance für einen Wechsel in Politik und Gesellschaft angesehen.

Doch wie realistisch ist diese Hoffnung?

Die HUMANE WIRTSCHAFT macht sich für eine Reform der Geld- und Bodenordnung stark. Einzelne unserer Leser fragen, ob es politische Parteien gibt, die sich für vergleichbare Ziele einsetzen.

Die Frage ist angesichts der Tatsache berechtigt, dass aktuelle politische Veränderungen nun mal durch Parteien in Parlamenten beschlossen werden müssen. Das Bestreben, für Mensch und Gesellschaft grundlegende Veränderungen zum Besseren zu erreichen, ist Aufgabe jeder Partei. Eigentlich sind eine gerechte Wirtschaftsordnung mit einem nachhaltigen Geld- und Bodensystem Selbstverständlichkeiten, die in jedes Parteiprogramm gehören. Leider ist dem aber nicht so. Kleine Parteien mit entsprechenden Programmpunkten haben wohl in absehbarer Zeit keine Chance auf eine Parlamentsmehrheit, die entsprechende Gesetzesänderungen durchsetzen könnten. Es bleibt die Chance, dass sie mit dazu beitragen, einen breit angelegten Erkenntnisprozess auszulösen, der zu einem erhöhten Druck auf Politiker und Parteien führt und so die Themen auf die Agenda in den entscheidenden Gremien kommen.

Wir haben einmal einige Informationen zu den Parteien zusammen getragen. Alles in allem kann die Entwicklung in der Parteienlandschaft in Bezug auf wirtschaftspolitische Ordnungsfragen nur sehr verhalten als positiv gewertet werden. Es scheint, als seien entsprechende Äußerungen in der Öffentlichkeit eher dem Leidensdruck vieler besorgter Bürger gezollt, als einer inneren Überzeugung. Eine andere Frage wäre, ob eine eventuell jetzt eingeleitete Entwicklung zu einem humanen Geld- und Bodenrecht rasch genug voran käme, um eine Wirkung in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu entfalten. Leider sind auch diesbezüglich erhebliche Zweifel angebracht. In den „etablierten“ Parteien, die aller Voraussicht nach die nächste Regierung in unserem Land stellen werden, ist man weit davon ent-

fernt, das System als solches kritisch zu hinterfragen. Das vereinfachte Schubladendenken, wonach es nur die Alternativen Kapitalismus und Sozialismus gäbe und Letzterer seine Unbrauchbarkeit bewiesen habe, führt dazu, dass es in den Wahlkampfprogrammen der Parteien bestenfalls Lippenbekenntnisse für kosmetische Veränderungen gibt, die sich im Grunde lediglich auf die Symptome dieser als die „größte Krise seit 1928“ bezeichneten beziehen.

Doch muss man als „Visionär“ für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus deshalb den Mut verlieren und am besten gar nicht zur Wahl gehen?

Beispiele der Vergangenheit beweisen, dass Themen, die zunächst von Außenseitern und politischen „Splitterparteien“ besetzt wurden, den Weg in die große Politik finden können. Genannt seien hier die ökologischen Fragen, deren politisches Gewicht heute wohl kaum in dem Maße in alle Parteien hineinwirken würde, wenn nicht das Engagement der einstigen „Grünen“ dies über einen immer stärker werdenden Druck durch Bürgerinnen und Bürger gefordert hätten.

Zu überraschend starken Veränderungen kann es auch durch den wachsenden Leidensdruck vieler Menschen kommen, die sich mehr und mehr als Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik fühlen.

Den Blick auf die etablierten Parteien ersparen wir uns ganz bewusst. Was in diesen bestenfalls zu finden ist, sind Statements einzelner sogenannter „Hinterbänkler“, die meist auch schnell aus den eigenen Parteilinien heraus „mundtot“ gemacht werden.

Ansätze einer Öffnung zu den Ursachen der Krise ergeben sich beispielsweise bei der LINKEN, die in ihrem Pro-



gramm von „Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und Entwicklung von Alternativen“ sprechen und ein „Bündnis gegen den Neoliberalismus“ anstreben. Richtig konkret wird das Parteiprogramm hinsichtlich der Einzelheiten allerdings nicht, was sicher auch den verschiedenen marxistisch geprägten Parteimitgliedern zu Liebe formuliert worden ist. Dennoch kann man die Entwicklung der LINKEN mit Interesse verfolgen. Während einige Gründungsmitglieder der GRÜNEN sich noch aktiv für eine Änderung der Geld und Bodenordnung innerhalb ihrer Partei eingesetzt haben, ist es nach deren Ausscheiden still geworden. Die Partei macht einen eher „reingewaschenen“ Eindruck, was die Forderung wirklich an die Wurzel gehender Veränderungen angeht und strebt mit Allgemeinplätzen, die man jeder der großen Parteien zuordnen könnte, Regierungsbeilegung an.

### **Splitterparteien**

**So lohnt es sich einmal einen Blick auf die Splitterparteien zu werfen, um sich so vielleicht doch den einen oder anderen „Geheimtipp“ für die Bundestagswahl zu holen:**

#### **ÖDP**

Eine Partei, der man eine gewisse Nähe zu unseren Themen bescheinigen kann, ist die ÖDP. Zwar bleibt das „bundespolitische Programm“ der ÖDP in vielen Fragen der Wirtschaft auf einem eher zaghaft kommentierenden und wenig konkret fordernden Niveau stecken, aber es scheint Bewegung in der Partei zu geben. Und das zeichnet sie im Gegensatz zu vielen etablierten Parteien positiv aus. Die

Parteizeitschrift „Das ödp-Journal“ beschäftigt sich regelmäßig eingehend mit Fragen zur Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und lässt dabei immer häufiger Autoren zu Wort kommen, die auch in der HUMANEN WIRTSCHAFT ihre Analysen und Lösungen präsentieren. So waren unter 15 Experten, die im Februar dieses Jahres zur Finanzmarktkrise interviewt wurden viele, die die Ursachen im fehlerhaften Geldsystem sahen und entsprechende Erneuerungen forderten. So gesehen bietet die ödp neben ihren wichtigen Forderungen auf dem Gebiet der Ökologie durchaus eine wählbare Alternative für Geld- und Bodenreformer.

#### **Die Violetten**

Konkreter wird die Partei „Die Violetten – für spirituelle Politik“. Sie setzt sich unter anderem für „Menschlichkeit im Wirtschaftsleben“ ein. In ihrem Programm findet sich einiges Erwähnenswertes.

So wird zum Beispiel die Kapitalkonzentration als Grundursache für den verdeckten Transfer riesiger Summen von Arm zu Reich erkannt und wird daher mit der Forderung verbunden, von dem „Irrglauben an unbegrenztes Wachstum“ Abschied zu nehmen. Konkrete Lösungsschritte zu einer Wirtschaft ohne Wachstum werden nicht genannt. Dafür wird die aktive Unterstützung und Förderung von Regionalwährungen im Programm angestrebt.

#### **Piratenpartei**

Eine in Deutschland sehr junge Partei (Gründung 2006) ist die Piratenpartei. Programmschwerpunkte der Partei liegen im Bereich der neuen Medien und Fragen zu staatlichen Maßnahmen, welche die Gefahr der Zensur des Inter->



net und damit die Einschränkung grundrechtlich gesicherter Freiheit der Bürger zur Folge haben können. Wirtschaftspolitisch ist die Partei noch in einem Findungsprozess, der sich vor allem auf den verschiedenen Foren im Internet niederschlägt. Aber auch Diskussionen bei Veranstaltungen geben Anlass zur Hoffnung, dass im Hinblick auf die Gestaltung der Wirtschaft alternative Vorschläge in den Fokus der Partei rücken. Dabei spielen auch die Standpunkte der Geld- und Bodenreformbewegung eine nicht unerhebliche Rolle, wie viele konstruktive Diskussionsbeiträge beweisen.

Die Piratenpartei tritt noch mit der Unbekümmertheit und dem Charme einer „revolutionären“ Jugendbewegung auf und hat dadurch das Zeug zu einer ganz erfolgreichen „Protestpartei“, an deren Programm und Inhalten auch die etablierten Parteien auf Dauer nicht so einfach vorbei gehen können.

### **Humanwirtschaftspartei**

Unter den deutschen Parteien gibt es nur eine mit einem Grundsatzprogramm, das den Zielen unserer Zeitschrift zumindest im Wortlaut nahe steht: Die HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI. Sie ist jedoch vom Bundeswahlleiter nicht zur Bundestagswahl zugelassen worden.

Es bleibt die Landtagswahl in Sachsen, die am 30. August stattfand und zu der die Partei angetreten ist. (Bei Redaktionsschluss waren noch keine Ergebnisse bekannt)

### **Willi Weise**

Außer Parteien können an der Bundestagswahl auch Einzelkandidaten als Direktkandidaten gewählt werden. Diesbezüglich gibt es ein bemerkenswertes Projekt: Willi Weise. Willi Weise ist keine Partei, sondern der Zusammenschluss vieler Direktkandidaten unter dem Dach dieses Projektes. Ein Willi-Weise-Direktkandidat steht auf dem Wahlzettel in der Rubrik der Erststimme. Laut Auskunft der Verantwortlichen auf der Webseite [www.willweise.de](http://www.willweise.de) wird es gelingen in nahezu allen deutschen Wahlkreisen einen Direktkandidaten aufzustellen. Wichtig ist den Protagonisten um den Ideengeber Friedrich Schönbeck dabei die Feststellung, dass die Direktkandidaten keinem parteienähnlichem Zwang ausgesetzt sind, sondern ihre jeweilige individuellen

Vorstellungen in ihre politische Arbeit einbringen. Dennoch spielen programmatische Punkte eine Rolle bei den Kandidaten und diese einigen sich auch in gewisser Weise. So wird die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens aufgestellt, wie es der Drogeriemarktketten-Besitzer Götz Werner in die Diskussion gebracht hat. Punkte, wie die „Einleitung einer sofortigen professionellen Entschuldung von Familien, Kommunen, Betrieben und des Staates.“ Die diesbezüglich vorgeschlagenen Methoden sind im Grunde eine besondere Entwicklung der Macher des Projektes, dennoch finden sich darin Anknüpfungspunkte zu den Gedanken der Geld- und Bodenreformer. Da es sich immer um einzelne Kandidaten in den Wahlkreisen handelt, empfiehlt es sich, mit dem eigenen Kandidaten vor Ort Kontakt aufzunehmen, um herauszufinden, ob er hinsichtlich der zu vergebenden Erststimme die richtige Wahl sein könnte. Fest steht, dass auch viele aktive Anhänger der unterschiedlichen Geld- und Bodenreform-Organisationen aktiv als Kandidaten teilnehmen. Näheres erfährt man auf der Webseite des Projektes.

### **Zusammenfassung**

In der großen Politik ist das so wichtige Thema einer menschlichen Wirtschaft auf dem Fundament einer neuen Ordnung noch nicht angekommen. Das mag an dem kaum vorhandenen Druck von Seiten der Öffentlichkeit liegen. Erschreckend daran ist, dass es dieses Druckes bedarf, um selbsttätig in den vom Steuerzahler finanzierten Gremien und Einrichtungen zu visionären Planungen und Vorschlägen zu kommen. Die gewählte Politik schielt nur auf Wählerstimmen und wagt nicht neue, womöglich auch noch heiße Eisen anzufassen, selbst wenn es diese für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtige Zeit erfordert. Kleine Parteien, Nichtregierungsorganisationen (NGO's) und einzelne engagierte Menschen können jenen politischen Druck erzeugen, den es für Veränderungen braucht. So gesehen ist jeder aufgerufen, sich zu engagieren und jenen seine Stimme zu geben, die positive Veränderungen im Sinne einer humanen Wirtschaft wollen. ■